



Rathaus Umschau

Donnerstag, 24. Januar 2019

Ausgabe 017

ru.muenchen.de

*Als Newsletter oder per WhatsApp
unter [muenchen.de/ru-abo](https://www.muenchen.de/ru-abo)*

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise für Medien	2
Bürgerangelegenheiten	3
Meldungen	3
› Veröffentlichung der „Münchner Statistik“	3
› Radioaktive Belastungen im Gebäude: Messtechnik und Abhilfen	3
› 5. Genderkonferenz: Empowerment und Politisierung	4
Antworten auf Stadtratsanfragen	5
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften	

Terminhinweise für Medien

Wiederholung

Freitag, 25. Januar, 18 Uhr, Saal des Alten Rathauses

Bürgermeisterin Christine Strobl spricht beim Neujahrsempfang für die Münchner Schülersprecherinnen und Schülersprecher sowie die Verbindungslehrerinnen und Verbindungslehrer.

Dienstag, 29. Januar, 10 Uhr, Gasteig, Rosenheimer Straße 5, Erdgeschoss, Raum 0.125

Dr. Susanne May, Programmdirektorin, und Professor Dr. Klaus Meisel, Managementdirektor der Münchner Volkshochschule (MVHS), stellen das neue Programm der MVHS für das Sommerhalbjahr vor und sprechen über neue räumliche Entwicklungen.

Die Münchnerinnen und Münchner können aus über 9.000 Kursen, Seminaren und Führungen im Frühjahr und Sommer an der MVHS wählen. Dazu gehören zahlreiche Veranstaltungen rund um das 100-jährige Jubiläum des Bauhauses. Auch die Reihe „München rückt zusammen – Wohnraum und Verkehr für eine wachsende Stadt“ beschäftigt sich hochaktuell mit der Zukunft des urbanen Lebens. Und die Münchner Volkshochschule wächst ihrerseits mit der Stadt – im Sommer eröffnet sie am Oertelplatz ein neues Stadtteilzentrum für Allach-Untermenzing.

Achtung Redaktionen: Dr. Susanne May und Professor Dr. Klaus Meisel stehen im Anschluss an das Pressegespräch für Fragen zur Verfügung.

Anmeldung bei Susanne Lößl, Leitung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Münchner Volkshochschule, Telefon 4 80 06-61 88 oder per E-Mail an susanne.loessl@mvhs.de beziehungsweise bei Martin Jost, Assistenz Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Telefon 4 80 06-6192 oder per E-mail an martin.jost@mvhs.de.

Dienstag 29. Januar, 18.30 Uhr, Alter Rathaussaal

Bürgermeisterin Christine Strobl begrüßt die Gäste des Empfangs der Landeshauptstadt anlässlich des 50-jährigen Jubiläums des Anwerbeabkommens zwischen Deutschland und dem ehemaligen Jugoslawien. Die Münchner Stadtgesellschaft hat viele Gesichter und Geschichten und ist in den letzten Jahrzehnten zunehmend internationaler und interkultureller geworden. Seit mehreren Generationen sind Menschen mit einer Migrationsgeschichte aus Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien und Slowenien in München beheimatet. Dafür gibt es viele Gründe: Ein bedeutender ist das Abkommen zur Anwerbung von Arbeitsmigrantinnen und -migranten mit dem damaligen Jugoslawien, das vor 50 Jahren in Kraft trat.

Bürgerangelegenheiten

Donnerstag, 31. Januar, 17 bis 19 Uhr, im HeideTreff Nachbarschaftstreff, Karl-Köglsperger-Straße 13 (rollstuhlgerecht)

Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 12 (Schwabing – Freimann) mit dem Vorsitzenden Werner Lederer-Piloty.

Meldungen

Veröffentlichung der „Münchner Statistik“

(24.1.2019) Soeben ist das 3. Quartalsheft des Jahrgangs 2018 der Schriftenreihe „Münchner Statistik“ mit folgendem Inhalt erschienen:

- Ein Drittel der Münchner Bevölkerung ist am 30. Juni 2018 verheiratet
- Eine Analyse der schwerwiegenden Verkehrsunfälle der Jahre 2007 bis 2017 in München
- Boomtown München – auch bei den Schulkindern – Die geburtenstarken Jahrgänge kommen in die Schule
- Überblick über den Europäischen Master für amtliche Statistik (EMOS)
- „cozy room in the heart of munich“ – Home-Sharing-Angebote über Airbnb in München

Zu beziehen ist das Heft direkt beim Statistischen Amt München, Zimmer 105, Schwanthalterstraße 68, 80336 München, oder telefonisch unter 233-8 27 00, Fax-Nummer 233-8 27 57, außerdem bei der Stadtinformation im Rathaus; die Schutzgebühr beträgt 5 Euro.

Radioaktive Belastungen im Gebäude: Messtechnik und Abhilfen

(24.1.2019) Am Dienstag, 29. Januar, 18 Uhr, geht es im Bauzentrum München, Willy-Brandt-Allee 10, um das Thema „Radioaktive Belastungen im Gebäude, Messtechnik und Abhilfen“. Die Biologin und Radon-Fachexpertin Pamela Jentner stellt die wesentlichen Grundlagen, die Messtechnik sowie die Möglichkeiten der Umsetzung vor. Der Eintritt ist frei.

Radon, ein radioaktives Gas, das aus tiefen Erdschichten an die Oberfläche kommt und auch in Gebäude eindringen kann, erhöht im Langzeiteffekt nachweislich das Risiko für Lungenkrebs. Das neue Strahlenschutzgesetz sowie die EU-Radonschutz-Richtlinie 2013/59 sollen für Maßnahmen am Bau sorgen, die einen ausreichenden Schutz für die Gesundheit bewirken. Jedoch sind die Grundlagen, die Anforderungen der Messpflicht und die Möglichkeiten bei vielen Bauherren, Fachplanungsbüros und ausführenden Betrieben noch nicht ausreichend bekannt: Wo muss wie gemessen



werden? Welche Maßnahmen sind im Neubau oder Bestand sinnvoll? Was muss beachtet werden, wenn im Bestand zugleich eine Sanierung hinsichtlich Energiesparmaßnahmen geplant ist?

Weitere Infos im Internet unter www.muenchen.de/bauzentrum, per E-Mail an bauzentrum.rgu@muenchen.de, Telefon 54 63 66-0.

5. Genderkonferenz: Empowerment und Politisierung

(24.1.2019) Die Trägergruppe Weiterbildung Genderpädagogik lädt am Dienstag, 29. Januar, 17 Uhr, und am Mittwoch, 30. Januar, 10 Uhr, zur 5. Genderkonferenz ins Institut für Jugendarbeit Gauting, Germeringer Straße 30, zum Thema „Stillhalten – Einreihen – Einmischen – Neugestalten ...oder? Politische Mädchen*- und Jungen*arbeit zwischen Selbstermächtigung und Befähigung“ ein. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Aktivistinnen und Aktivisten sowie Pädagoginnen und Pädagogen erläutern und diskutieren in Impulsvorträgen und Werkgesprächen, wie politische Bildungsarbeit für junge Menschen erfolgreich gestaltet werden kann, um geschlechterspezifische Motivationen und Interessen von Mädchen und Jungen zu berücksichtigen.

Unterstützt wird die Veranstaltung von der Landeshauptstadt München, der Initiative Imma e.V. (Beratung und Unterstützung Münchner Mädchen), dem Projekt amanda (Beratung und Begleitung von Mädchen* und jungen Frauen*) und dem Institut für Jugendarbeit in Gauting. Die Landeshauptstadt München ist mit dem Referat für Bildung und Sport, dem Sozialreferat und der Gleichstellungsstelle als Mitveranstalterin dort vertreten
Information und Anmeldemöglichkeit unter www.institutgauting.de.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 23. Januar 2019

Unzumutbare Umkleidesituation für Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler in der MS Simmernstraße

Antrag Stadträtinnen Beatrix Burkhardt und Kristina Frank (CSU-Fraktion)
vom 23.3.2018

Zusammengehörigkeitsgefühl stärken I

Antrag Stadträtinnen Sabine Bär und Alexandra Gaßmann (CSU-Fraktion)
vom 20.8.2018

Unzumutbare Umkleidesituation für Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler in der MS Simmernstraße

Antrag Stadträtinnen Beatrix Burkhardt und Kristina Frank (CSU-Fraktion)
vom 23.3.2018

Antwort Stadtschulrätin Beatrix Zurek:

Nach §60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und §22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich. Eine Behandlung erfolgt deshalb auf diesem Wege.

Ihr Anliegen war:

„Das RBS sorgt umgehend für eine schulgerechte Alternative zur momentanen räumlichen Situation an der MS Simmernstraße, um die bestehenden Probleme zu lösen. Spätestens zum neuen Schuljahr stehen entsprechende Umkleidemöglichkeiten mit notwendigen hygienischen Angeboten zur Verfügung.“

Die lange Bearbeitungszeit bitten wir zu entschuldigen. Ich möchte Ihnen zunächst mitteilen, dass mit Baugenehmigung der Grund- und Mittelschule an der Simmernstraße 2 der Raum 114b im 1. OG als Wasch- und Umkleideraum vorgesehen war. Mit den wachsenden Schülerzahlen und einem steigenden Bedarf an Unterrichtsräumen musste der Raum 114b jedoch zu einem Gruppen- und Differenzierungsraum umgenutzt werden. Seitdem hält die Grundschule im Raum 114b den Religions- und Musikunterricht ab. Auch steht der Raum täglich für eine intensive Betreuung von kleineren Schülergruppen im Rahmen einer Differenzierung zur Verfügung.

Nach Rücksprache mit der Leitung der Grundschule und der Leitung der Mittelschule wird der Rückbau des Raums 114b in einen Wasch- und Umkleideraum nicht gewünscht, um eine ausreichende Anzahl an Unterrichtsräumen für die Grund- und Mittelschule weiterhin sicherstellen zu können. Die Schulleitungen sehen – ebenso wie das Referat für Bildung und Sport – nur im Bau einer Dreifachsporthalle die dauerhafte Lösung dieses Problems.

Um der aktuellen Umkleidesituation gerecht werden zu können, wird dem Stadtrat daher im 3. Schulbauprogramm vorgeschlagen, auf dem gegen-



überliegenden Sportplatz an der Rheinstraße 19 eine Dreifachsporthalle zu errichten, die den aktuellen Normen entspricht und eine reibungslose Ausführung des Lehrplans ermöglicht. Sofern der Stadtrat zustimmt, können die Planungen aufgenommen werden. Die beiden Schulleitungen sind mit dieser Vorgehensweise einverstanden und lehnen ausdrücklich Umbauarbeiten im Bestand ab.

Aus Sicht des Referats für Bildung und Sport ist für die Zwischenzeit die Schulleitung in Absprache mit dem Elternbeirat angehalten, gemeinsam getragene bedarfsorientierte Übergangslösungen für die Organisation der Umkleidesituation zu entwickeln.

Um Kenntnisnahme der vorstehenden Ausführungen wird gebeten.
Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Zusammengehörigkeitsgefühl stärken I

Antrag Stadträtinnen Sabine Bär und Alexandra Gaßmann (CSU-Fraktion)
vom 20.8.2018

Antwort Stadtschulrätin Beatrix Zurek:

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, erlaube ich mir, Ihren Antrag als Brief zu beantworten.

Für die gewährte Fristverlängerung bedanke ich mich.

In Ihrem Antrag baten Sie darum, „aktuelle Kooperationen zwischen Kindertageseinrichtungen und Senioreneinrichtungen“ darzustellen. Dies „soll dazu dienen, Potential zu ermitteln, wo Generationen zusammengebracht werden können und ein Miteinander verstärkt werden kann.“

Hierzu kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Städtischer Träger/Städtische Kindertageseinrichtungen

Im Rahmen ihres Auftrags zur Vernetzung und Stadtteilarbeit kooperieren viele städtische Kindertageseinrichtungen in unterschiedlicher Weise mit umliegenden Senioreneinrichtungen. Dies wird vom Städtischen Träger ausdrücklich begrüßt und unterstützt.

Die Kooperationen gestalten sich ganz individuell und den Gegebenheiten entsprechend. So kommen beispielsweise Seniorinnen und Senioren regelmäßig in Kindertageseinrichtungen, um mit den Kindern zu spielen, zu singen oder ihnen vorzulesen. Manche Einrichtungen besuchen auch ihrerseits mit den Kindern die Senioreneinrichtungen, um gemeinsam zu singen oder zu basteln.

Diese Begegnungen von Jung und Alt sind für alle Beteiligten gewinnbringend. Die Seniorinnen und Senioren haben viel Zeit für die Kinder, können ihnen Aufmerksamkeit und Interesse schenken. Die Kinder wiederum genießen dies und können darüber hinaus den rücksichtsvollen Umgang mit älteren Erwachsenen erlernen. Dies ist umso wichtiger, als viele Kinder gerade in der Großstadt keinen oder nur wenig Kontakt zu den Großeltern pflegen können.

Freigemeinnützige und sonstige Träger/Einrichtungen in freigemeinnütziger und sonstiger Trägerschaft

Auch seitens der Fachaufsicht über freigemeinnützige und sonstige Träger im Geschäftsbereich KITA werden generationsübergreifende Aktivitäten grundsätzlich positiv wahrgenommen, da den Kindern hierdurch eine Vielfalt angeboten wird. Da es Aufgabe der Fachaufsicht ist, das Kindeswohl und die Sicherheit der Kinder auch in Bezug zur äußeren Öffnung zu gewährleisten, wird darauf geachtet, dass in der Konzeption des Trägers, insbesondere im Abschnitt zur Kooperation mit Senioren, Aussagen zur Intensität, Dauer sowie zur Art und Weise der Zusammenarbeit zwischen Einrichtung und Seniorenheim zu Grunde liegen.

Darüber hinaus ist die Anwendung der Münchner Grundvereinbarung zum Kinderschutz in der Kooperation mit Partnerinnen und Partnern außerhalb der Einrichtung erforderlich, z.B. in Bezug auf das Vorlegen von erweiterten Führungszeugnissen.

Zum Thema „aktuelle Kooperationen zwischen freigemeinnützigen und sonstigen Trägern und Senioreneinrichtungen“ wurden 559 freie Träger angeschrieben; der Rücklauf (rd. 15%) ergab folgenden Querschnitt:

Rund die Hälfte der Rückmeldungen zeigt, dass aktuell keine Aktionen für Kinder und Senioren angeboten werden.

Die weiteren Einrichtungen bieten in unterschiedlichen Intervallen (sporadisch, wöchentlich, monatlich oder jährlich) diverse Aktionen, wie gemeinsames Singen, Basteln, Vorlesen, Erzählen, Unterstützung bei Hausaufgaben und Leseförderung, an. Die Besuche finden gegenseitig statt, d.h. die Kinder besuchen die Seniorinnen und Senioren in den Altenheimen; auch kommen Seniorinnen und Senioren in verschiedene Kindertageseinrichtungen.

Die Träger bzw. Einrichtungen, die diese Aktionen anbieten, sind durchwegs zufrieden damit und sehen sie als gegenseitige Bereicherung. Die meisten würden gerne mehr solcher Aktionen anbieten, hier fehle es allerdings auf beiden Seiten an zeitlichen und personellen Ressourcen zur Vorbereitung und Durchführung.

Um Kenntnisnahme der vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Donnerstag, 24. Januar 2019

Barrierefreiheit an U-Bahnhöfen – Gelbe Rampen verbessern?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Anja Burkhardt, Dr. Reinhold Babor, Manuel Pretzl, Richard Quaas und Johann Sauerer (CSU-Fraktion)

Grundsicherung im Alter: deutlich erhöhten Münchner Regelsatz ermöglichen!

Antrag Stadtrats-Mitglieder Verena Dietl, Anne Hübner und Christian Müller (SPD-Fraktion)

Eine elektronische Lösung für alle: München-Pass, Familien-Pass, Ferien-Pass und Leistungen für Bildung und Teilhabe digital zusammenführen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Kathrin Abele, Simone Burger, Verena Dietl, Anne Hübner, Hans Dieter Kaplan, Haimo Liebich, Bettina Messinger, Christian Müller, Cumali Naz, Julia Schönfeld-Knor, Birgit Volk und Christian Vorländer (SPD-Fraktion)

Mehr Menschen den Zugang zum München-Pass ermöglichen!

Antrag Stadtrats-Mitglieder Simone Burger, Verena Dietl, Anne Hübner, Christian Müller, Cumali Naz, Julia Schönfeld-Knor und Dr. Constanze Söllner-Schaar (SPD-Fraktion)

Prüfung eines neuen Konzepts der Obdachlosenunterkünfte

Antrag Stadtrats-Mitglieder Professor Dr. Jörg Hoffmann, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff, Thomas Ranft und Wolfgang Zeilhofer (Fraktion FDP – HUT)

Mieterschutz verbessern:

Die Landeshauptstadt übernimmt Mietervereinsgebühren für München-Pass-Berechtigte

Antrag Stadtrats-Mitglieder Cetin Oraner und Brigitte Wolf (Die Linke)

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadtrat Manuel Pretzl
Stadtrat Richard Quaas
Stadtrat Johann Sauerer
Stadtrat Dr. Reinhold Babor
Stadträtin Anja Burkhardt

ANFRAGE

24.01.2019

Barrierefreiheit an U-Bahnhöfen – Gelbe Rampen verbessern?

2014 wurde die Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) vom Stadtrat damit beauftragt als Pilotprojekt gelbe Rampen an den U-Bahnhöfen Scheidplatz, Hauptbahnhof und Sendlinger Tor zu errichten. Die Rampen überbrücken den Höhenunterschied zwischen den U-Bahnen und dem Bahnsteig und erleichtern so Rollstuhlfahrern den Einstieg in die Wagons. Da dieses Pilotprojekt auf positive Resonanz gestoßen ist, hat der Stadtrat den Auftrag an die MVG auf insgesamt 51 U-Bahnhöfe erweitert.

Immer wieder berichten allerdings Rollstuhlfahrer, dass die Rampen in der jetzigen Form nicht für alle Rollstuhlmodelle praktikabel sind. Elektro-Rollstühle mit kleinen Rädern würden etwa in der zwölf bis 15 Zentimeter breiten Lücke zwischen der Rampe und der U-Bahn hängen bleiben. Diese Lücke sei auch für klassische Rollstühle schlicht zu breit. Außerdem sei es aufgrund der Neigung der Rampe schwierig, die Vorderräder des Rollstuhls anzuheben.

Daher fragen wir Oberbürgermeister Dieter Reiter:

1. Wie weit sind die Ausbaumaßnahmen an den 51 U-Bahnhöfen fortgeschritten?
2. Sind die Rampen für alle Rollstuhlarten praktikabel?
3. Wurden bei der Konzipierung der Rampen auch Elektro-Rollstühle bedacht?
4. Wie kann man breite Lücken zwischen den Rampen und den U-Bahnwagons überbrücken?

Initiative:

Manuel Pretzl, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender
2. Bürgermeister

Richard Quaas
Stadtrat

Johann Sauerer
Stadtrat

Dr. Reinhold Babor
Stadtrat

Anja Burkhardt
Stadtrat

MünchenSPD Stadtratsfraktion ■ Rathaus ■ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 24.01.2019

Grundsicherung im Alter: deutlich erhöhten Münchner Regelsatz ermöglichen!

Antrag

Das Sozialreferat soll dem Stadtrat darlegen, wie es unter den gegebenen Rahmenbedingungen rechtlich möglich ist, den auf Grundsicherung im Alter angewiesenen Münchnerinnen und Münchnern einen um 100 Euro über der Bundesleistung liegenden Regelsatz in Höhe von 524 Euro im Monat zu zahlen.

Die Verwaltung wird zudem beauftragt, finanzielle und organisatorische Rahmenbedingungen einer so weitreichenden kommunalen Regelung zu erörtern.

Der Oberbürgermeister wird darüber hinaus gebeten, sich beim Bund für eine Reform der Grundsicherung im Alter einzusetzen, die neben einer bundesweiten Neuermittlung der Bedarfe älterer Menschen auch eine echte Öffnungsklausel für die Kommunen ermöglicht, die ihren Bürgerinnen und Bürger aufgrund regionaler Gegebenheiten mehr zahlen möchten.

Begründung

Ca. 15.000 Menschen über 65 Jahren beziehen in München Grundsicherung im Alter, weil ihre Renten und Ersparnisse nicht zum Leben genügen. Sie erhalten derzeit einen gegenüber der bundesweit geltenden Regelung um 21 Euro erhöhten Regelsatz in Höhe von 445 Euro (für einen Einpersonenhaushalt).

Grundsätzlich ist es der Kommune nicht gestattet, die Regelleistung des Bundes aufzustocken. Nur über ein Rechtsgutachten, das erhöhte Lebenshaltungskosten in München attestierte, und eine örtliche Regelsatzverordnung konnte die derzeitige Regelung zum 01.05.2008 geschaffen werden.

Mit dem Landespflegegeld und dem bayerischen Familiengeld wurden durch den Freistaat erstmals zweckbestimmte Leistungen in relevanter Höhe eingeführt, die zumindest im Hoheitsbereich des Freistaats auch für Sozialleistungsberechtigte anrechnungsfrei bleiben und damit zusätzlich zur Verfügung stehen. Im Gegensatz dazu wird die Grundsicherung im Alter (SGB XII, Kapitel 4) in Bundesauftragsverwaltung durchgeführt.

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 0 89- 23 39 26 27, Fax: 0 89- 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MünchenSPD Stadtratsfraktion · Rathaus · 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 24.01.2019

Eine elektronische Lösung für alle: München-Pass, Familien-Pass, Ferien-Pass und Leistungen für Bildung und Teilhabe DIGITAL zusammenführen

Antrag

Das Sozialreferat und das Referat für IT werden gebeten, eine elektronische Lösung (Karte und/oder App) einzuführen, in der alle Leistungen des München-Passes, des Familien-Passes, des Ferien-Passes und des Bildung- und Teilhabepakets je nach individuellem Anspruch und Bedarf digital zusammengeführt werden.

Begründung

Schon seit vielen Jahren wird überlegt, eine elektronische Lösung für die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket zu entwickeln. Sinnvoller wäre es jedoch, auch die freiwilligen Leistungen für Kinder und Jugendliche sowie die des München-Passes mit in eine solche digitale Karte einzubinden. So besteht auch keine Gefahr, dass Kinder aus Haushalten mit Sozialleistungsbezug stigmatisiert werden.

Angestrebt werden soll, dass allen Münchner Kindern und Jugendlichen künftig automatisch eine Karte mit den ihnen zustehenden Leistungen zur Verfügung gestellt wird.

gez.

Anne Hübner
Christian Müller
Simone Burger
Kathrin Abele

Verena Dietl
Bettina Messinger
Julia Schönfeld-Knor
Birgit Volk

Hans Dieter Kaplan
Haimo Liebich
Cumali Naz
Christian Vorländer

Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 0 89- 23 39 26 27, Fax: 0 89- 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MünchenSPD Stadtratsfraktion ■ Rathaus ■ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 24.01.2019

Mehr Menschen den Zugang zum München-Pass ermöglichen!

Antrag

Das Sozialreferat wird gebeten, dem Stadtrat darzulegen, wie der Berechtigtenkreis des München-Passes so erweitert werden kann, dass alle Münchnerinnen und Münchner, die unter der Armutsrisikogrenze (Münchner Armutsbericht 2017) leben, künftig von dessen Vergünstigungen profitieren.

Begründung

Bisher wird der München-Pass allen Haushalten mit Bezug von SGB II, SGB XII, AsylbLG, Wohngeld und Kinderzuschlag zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig gibt es eine Gruppe von ca. 100.000 Münchnerinnen und Münchner, die keinen gesetzlichen Anspruch auf Sozialleistungen hat, aber dennoch unter der Armutsrisikogrenze lebt (monatliches Nettoeinkommen: Einpersonenhaushalt 1.350 Euro, Alleinerziehende mit einem Kind 2.025 Euro), und die sich nach Abzug der Miete das Leben in München nur unter großen Einschränkungen leisten kann.

Seit 1.1.2019 können deshalb schon Seniorinnen und Senioren mit einer Rente unter 1.350 Euro in Alten- und Service-Zentren kostenfrei zu Mittag essen. Auch für andere Vergünstigungen bietet sich ein größerer Personenkreis an als nur der aktuelle Berechtigtenkreis des München-Passes. Deshalb soll geprüft werden, wie künftig mehr Menschen Zugang zum Pass erhalten können und welche bürokratischen und finanziellen Folgen eine solche Neuregelung mit sich bringt.

gez.

Christian Müller
Anne Hübner
Verena Dietl
Simone Burger

Stadtratsmitglieder

Cumali Naz
Julia Schönfeld-Knor
Dr. Constanze Söllner-Schaar

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 0 89 - 23 39 26 27, Fax: 0 89 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

Über den aktuellen Aufstockungsbetrag hinausgehende Zahlungen wurden bisher als unmöglich eingeschätzt, da die Gefahr bestehe, dass der Bund die freiwillige kommunale Leistung anrechnet und bei der von ihm ausgezahlten Leistung abzieht. Das Sozialreferat soll 10 Jahre nach Ersteinführung der Leistung erneut alle rechtlichen Möglichkeiten prüfen, auch der Kommune eine relevante freiwillige Aufstockung der Grundsicherung zu ermöglichen.

gez.

Anne Hübner
Christian Müller
Verena Dietl

Stadtratsmitglieder

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



24.01.2019

Antrag
Prüfung eines neuen Konzepts der Obdachlosenunterkünfte

Der Stadtrat möge beschließen:
Die Verwaltung prüft und stellt dar, inwieweit in der Landeshauptstadt München (LHM) eine Obdachlosenunterkunft nach dem Konzept Vinzi umgesetzt werden kann <https://www.ard-wien.de/2019/01/10/vinzidorf-neues-obdachlosenprojekt-in-wien>.

Begründung:
Seit 25 Jahren gibt es In Österreich, in Graz, ein sehr erfolgreiches Projekt zur Unterbringung von Obdachlosen, das nun auch von der Stadt Wien übernommen wurde (<https://www.ard-wien.de/2019/01/10/vinzidorf-neues-obdachlosenprojekt-in-wien/>). Dieses Projekt wird von den Obdachlosen sehr gut angenommen. Den Bewohnern wird eine größtmögliche Gestaltungsfreiheit ihrer Lebensweise ermöglicht. Dadurch bleibt die Individualität, die sich viele Wohnungslose wünschen, erhalten.

Die LHM plant ihre Strategie im Umgang mit Obdachlosencamps 2020 in einer Stadtratsvorlage neu zu formulieren <https://www.tz.de/muenchen/stadt/muenchen-ort29098/muenchen-isarvorstadt-stadt-macht-drohung-wahr-obdachlosenlager-geraeumt-11439309.html>.

Die Landeshauptstadt München soll nun darstellen, inwieweit eine Obdachlosenunterkunft nach dem Konzept Vinzi in München umgesetzt werden kann.

Gez.
Dr. Michael Mattar
Fraktionsvorsitzender

Gez.
Prof. Dr. Jörg Hoffmann
Stadtrat

Gez.
Wolfgang Zeilhofer
Stadtrat

Gez.
Gabriele Neff
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Gez.
Thomas Ranft
Stadtrat

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 24. Jan. 2019

Antrag

Mieterschutz verbessern:

Die Landeshauptstadt übernimmt Mietervereinsgebühren für München-Pass-Berechtigte

Die Landeshauptstadt/Amt für Soziale Sicherung übernimmt für Münchnerinnen und Münchner, die den München-Pass besitzen, auf Antrag die Mitgliedsgebühren für einen Münchner Mieterschutzverein inklusive dem meist optional mit angebotenen Rechtsschutz. Die Landeshauptstadt wirkt im Rahmen der Kooperation mit der Agentur für Arbeit im Jobcenter München darauf hin, dass für die dortigen Leistungsbezieherinnen und Leistungsbezieher der Mitgliedsbeitrag direkt an den ausgewählten Mieterschutzverein überwiesen wird.

Begründung:

Gerade bei Leistungsbezieherinnen und Leistungsbezieher nach SGB II und SGB XII kommt es des Öfteren vor, dass sie sich insbesondere vor unberechtigten Kündigungen zur Wehr setzen müssen.

Die Stadt Nürnberg hat in einer Kooperationsvereinbarung mit dem dortigen Jobcenter vereinbart, dass – wenn das Jobcenter Anlass für eine weitergehende juristische Beratung sieht - die Kosten einer Mitgliedschaft übernommen werden. Für diese spezielle Fallkonstellation hat der dortige „Deutsche Mieterbund Nürnberg und Umgebung e.V.“ einen besonderen pauschalierten Mitgliedsbeitrag entwickelt, der gerade auf kurzfristige und möglicherweise auch zeitlich begrenzte Mitgliedschaften abstellt. Damit wird auch das Überweisungsverfahren für den betroffenen Leistungsträger vereinfacht.

Cetin Oraner (DIE LINKE), Brigitte Wolf (DIE LINKE)

Stadtratsgruppe DIE LINKE.

Rathaus, Marienplatz 8 • Stadtratsbüro: Zimmer 176 • 80331 München
DIE LINKE: Telefon: 089 / 233 – 2 52 35 • E-Mail: info@dielinke-muenchen-stadtrat.de

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Donnerstag, 24. Januar 2019

Energiestandort HKW Süd: Zweite Bohrung erfolgreich abgeschlossen

Pressemitteilung SWM

SWM Bildungsstiftung fördert das Projekt „MINT – naturwissenschaftliches Lernen für benachteiligte Kinder“ des Vereins InitiativGruppe

Pressemitteilung SWM

GEWOFAG bewahrt ein kleines Stück Altschwabing: Ensemblegeschütztes Gebäude in der Wagnerstraße mit Bedacht saniert

Pressemitteilung GEWOFAG

Energiestandort HKW Süd Zweite Bohrung erfolgreich abgeschlossen

(24.1.2019) Die SWM haben die zweite Bohrung für die Geothermieanlage am Standort HKW Süd erfolgreich abgeschlossen. Ihr Zielpunkt liegt in 3.044 Meter Tiefe. Durch die Ablenkung der Bohrung ist die Bohrstrecke insgesamt 4.060 Meter lang. Helge-Uve Braun, Technischer Geschäftsführer der SWM: „Die Ergebnisse des Leistungstests sind sehr vielversprechend. Mit 108 Grad ist die Temperatur deutlich höher als erwartet; ausgegangen sind wir von 102 Grad. Die Schüttung liegt mit rund 100 Litern pro Sekunde im Plan. Ich bin sehr zuversichtlich, dass die tatsächliche Leistung der Anlage mehr als die geplanten 50 Megawatt betragen wird. Damit können wir dann mehr als 80.000 Münchnerinnen und Münchner mit Ökowärme versorgen. Die Anlage wird die bisher leistungsfähigste in München und die bislang größte Geothermieanlage Deutschlands. Ein weiterer Schritt auf unserem Weg, die Fernwärme in München bis 2040 CO₂-neutral zu erzeugen.“



Dritte Bohrung ist gestartet

Die Arbeiten für die dritte von insgesamt sechs Bohrungen haben bereits begonnen. Bis Ende 2019 sollen alle Bohrarbeiten abgeschlossen sein. Parallel dazu wird die Heizzentrale gebaut, in der die Technik untergebracht wird. Nach Langzeitpumpversuchen soll die Anlage im Jahr 2020 ans Netz gehen.

SWM Fernwärme-Vision wird Realität

Die SWM sind einer der Vorreiter bei der Tiefen Geothermie. Sie betreiben aktuell fünf Geothermieanlagen in München und in der Region. Im Rahmen ihrer Ausbauoffensive Erneuerbare Energien bauen die SWM die erneuerbaren Energien ganzheitlich aus, im Strom- wie auch im Wärmebereich. Ihr Ziel ist es, bis 2040 München zur ersten deutschen Großstadt zu machen, in der die Fernwärme zu 100 Prozent CO₂-neutral gewonnen wird. Den wesentlichen Beitrag wird dabei die Geothermie liefern.

Mehr Informationen: www.swm.de/energiewende

SWM Bildungsstiftung fördert das Projekt „MINT – naturwissenschaftliches Lernen für benachteiligte Kinder“ des Vereins InitiativGruppe

(24.1.2019) Die InitiativGruppe e.V. ist seit 1971 im Bereich schulischer Förderung und Freizeitgestaltung für Kinder und Jugendliche in benachteiligten Lebenssituationen aktiv. Viele der jungen Menschen haben einen Migrationshintergrund. Mit dem Projekt „MINT – naturwissenschaftliches Lernen für benachteiligte Kinder“ möchte der Verein Freude an Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT) wecken und das Wissen der Kinder und Jugendlichen fördern. Die SWM Bildungsstiftung fördert das laufende Projekt mit 33.000 Euro seit September 2018.



Werner Albrecht (rechts), SWM Personalgeschäftsführer, überreichte den Scheck der SWM Bildungsstiftung über 33.000 Euro für das MINT-Projekt an Marco Sedlacek (links), Projektleitung MINT sowie Markus Hönig, Bereichsleiter Jugendarbeit und Schule der InitiativGruppe.

Die InitiativGruppe bietet neben der Erwachsenenbildung Förderprogramme für benachteiligte Kinder und Jugendliche an. Viele haben einen Migrationshintergrund und verfügen über noch geringe Deutschkenntnisse. Für diese jungen Menschen hat der Verein sein Angebot durch eine MINT-Fachkraft erweitert. MINT steht für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik. Mit verschiedenen Ansätzen geht die Fachkraft in Veranstaltungen auf jede Altersgruppe ein. Wie etwa an der Grundschule an der Pfeufferstraße: Hier wurde die Neugier der Buben und Mädchen mit einem Experimentierworkshop geweckt.

Ziel des Projekts ist, bei den Kindern langfristig das Selbstwertgefühl und das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten zu stärken. Dadurch steigt erfahrungsgemäß auch die Lernmotivation in anderen Fächern.

Ein Beispiel für ganz alltagstauglich angewandte MINT-Fähigkeiten: Bei einem Besuch der „FORSCHA“-Messe in München (Foto rechts) entstand die Idee der Sendlinger Kinder, das Projekt „Handytankstelle“ mit Jugendlichen aus dem Stadtviertel zu verwirklichen. Gemeinsam bauen sie zu diesem Zweck eine Box, in der die Jugendlichen ihr Handy laden können. Mit Energie versorgt durch Solarpaneele, kann die Box an den umliegenden Bolzplätzen montiert werden. Die Kinder und Jugendlichen haben die Möglichkeit, ihre Handys dort während dem Spielen zu laden.



Anlass für das MINT-Projekt sind Praxiserfahrungen der InitiativGruppe, die u.a. auch eine Kinderkrippe, einen Hort, drei offene Ganztagschulen, ein Jugendzentrum, Jugendkulturarbeit, „Ekkiko“-Ferienlerncamps und die „Lernoase“ anbietet: Viele der Kinder und Jugendlichen zeigen sich in der Schule frustriert und sehen keine eigenen Lernfortschritte. Sie haben Probleme in den sprachlichen Fächern, zudem fehlt oft auch der Zugang zu den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern. Die bis dato angebotenen Hilfen können oft nicht die Freude der Kinder am Lernen wecken. Mit Hilfe von angemessenem Materialien, entsprechender Anleitung und Raum zum Selbstlernen reagieren hingegen viele Kinder und Jugendlichen gut auf MINT-Materialien und entdecken gerade hier die Lust am Experimentieren und Lernen.

Hinweis: Das Foto kann unter www.swm.de/presse heruntergeladen werden.

InitiativGruppe (IG) – Interkulturelle Bildung und Begegnung e.V.

Die IG ist Träger von über 60 Integrationsprojekten. In diesen öffentlich und privat geförderten Projekten werden Migranten und Migrantinnen unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlichen Geschlechts und Alters sprachlich, schulisch und beruflich beraten und gefördert. Flankierend dazu berät die IG in sozialen und erzieherischen Angelegenheiten und arbeitet mit anderen Fachdiensten zusammen. Selbsthilfeaktivitäten und Selbstorganisation werden unterstützt. Interkulturelle Begegnungen zwischen ethnischen Minderheiten und der deutschen Mehrheitsgesellschaft tragen zur Verständigung bei. Die Arbeit der IG trägt wesentlich zur Chancengleichheit und zu Bildungsgerechtigkeit bei.

Mehr auf www.initiativgruppe.de

SWM Bildungsstiftung

Viele junge Menschen verfügen über Begabungen, die sie aufgrund ihrer sozialen Herkunft oder mangels Unterstützung nicht entfalten können. Schulen können eine solche fehlende familiäre Förderung nur sehr eingeschränkt ausgleichen. Daher will die SWM Bildungsstiftung dazu beitragen, dass sich auch die Begabungen dieser jungen Menschen entwickeln können. Unter dem Motto „Chancen ermöglichen – Erfolge erleben“ will die SWM Bildungsstiftung Projekte fördern, die die Bildungschancen benachteiligter Kinder und Jugendlicher verbessern. Dies reicht von der frühkindlichen Bildung im Kindergartenalter über die Unterstützung von Schülern bis hin zu Förderung von zusätzlichen Bildungsabschlüssen an Hochschulen. Mit ihrem Grundstockvermögen von 20 Millionen Euro rangiert die SWM Bildungsstiftung unter den größten sich im Bildungssektor engagierenden Stiftungen Deutschlands.

Weitere Infos: www.swm-bildungsstiftung.de

Pressekontakt

SWM Bildungsstiftung

InitiativGruppe e.V.

Pressesprecherin Bettina Hess

Emmy-Noether-Straße 2
80287 München
089/23 61-50 42
presse@swm.de

Stellvertretend Geschäftsführender Vorstand:

Dr. Monika Kleck
Karlstraße 50
80333 München
089/54467158
ig@initiativgruppe.de



Pressemitteilung

GEWOFAG bewahrt ein kleines Stück Altschwabing

Ensemblegeschütztes Gebäude in der Wagnerstraße mit Bedacht saniert

München, 24. Januar 2019. Die GEWOFAG hat die Sanierung eines Wohn- und Atelierhauses mit zwei kleinen Rückgebäuden in der Wagnerstraße abgeschlossen. Das Gebäude mit sechs Mietwohnungen und zwei Ateliers wurde Mitte der 1880er Jahre erbaut und steht als Teil des erweiterten Ensembles Altschwabing unter Ensembleschutz.

Der bauliche Zustand des kleinen Mehrfamilienhauses erforderte umfangreiche Maßnahmen. Mit den Arbeiten an Dach, Fassade und Fenstern wurde die gesamte Gebäudehülle erneuert. Auch sämtliche Installationen für Elektro, Sanitär, Heizung und Lüftung wurden neu verlegt, Innenwände und Böden komplett überarbeitet. Durch die Neugestaltung des Innenhofs konnte neben neuer Bepflanzung auch ein Kinderspielplatz geschaffen werden.

Dr. Klaus-Michael Dengler, Sprecher der Geschäftsführung der GEWOFAG: „Diese Sanierung betrifft nur wenige Wohnungen, ganz im Gegensatz zu vielen anderen unserer Projekte. Beim Erhalt historischer Wohnbausubstanz gilt es, vieles behutsam auf den aktuellen technischen Stand zu bringen. Auch für uns sind solche Projekte nicht alltäglich, in Abstimmung mit dem Denkmalamt konnte ein schönes Ergebnis erreicht werden.“

GEWOFAG

Die GEWOFAG ist eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft und mit ca. 36.000 Wohnungen und Gewerbeeinheiten Münchens größte Vermieterin. Sie stellt seit über 90 Jahren den Münchner Bürgerinnen und Bürgern Wohnraum zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung und bietet damit Alternativen im angespannten Münchner Wohnungsmarkt. Neben Neubau und Vermietung sind die Sanierung und Instandsetzung des Wohnungsbestands die wichtigsten Aufgaben der GEWOFAG.



Ein Unternehmen der
Landeshauptstadt München



Pressekontakt

Frank De Gasperi, Konzernsprecher
GEWOFAG Holding GmbH
Tel.: 089 4123-372
E-Mail: frank.de-gasperi@gewofag.de
www.gewofag.de



Das Gebäude Wagnerstraße 3 nach der Sanierung (Foto: Zwischenräume Architekten + Stadtplaner, München)



Ein Unternehmen der
Landeshauptstadt München



Der Innenhof nach der Sanierung



Der neue kleine Spielplatz im Innenhof



Der Eingangsbereich vor der Sanierung

(alle Fotos dieser Seite: Zwischenräume Architekten + Stadtplaner, München)